

Sohrenstein-Ernsthäler Anzeiger

Bezugspreis monatlich M. 4.75, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 4.50, Wochenliefen 1.10 M. Bei Postbezug vierteljährlich M. 15.— aussch. Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 25 Pfg. Ausgabe wochentags nachmittags, falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streit, Sperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postcheckkonto Leipzig 40214 Geschäftsstelle: Sohrenstein-Ernsthäl, Bahnstr. 5

gleich
Oberlungwitzer Tageblatt
und
Bersdorfer Tageblatt

Abzugspreis die Originalen Korpusgröße 75 Wg., Maßstab 1:1000; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachdruck. — Kunstvermittlung und Vermittlung von schriftlichen Angelegenheiten 20 Pfg. — Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Geschäftspost aus. — Bei zwangsweiser Einstellung der Anzeigengeldzahlung durch Klage oder im Konkursfall gelangt der Verleger unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung der willigten Abgabe in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 181. —

Nr. 140

Sonnabend, den 18. Juni 1921

48. Jahrgang

Die Landwirtschaft.

Der soeben in Leipzig eröffneten Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft kommt eine ziemliche Bedeutung zu. Die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse sind in Sachen sehr günstig. Die kleinen und mittleren Höfe wiegen vor, und der Großgrundbesitz ist nur in solchen Umfang, daß er die volle wirtschaftliche Rentabilität behält, vorhanden; die Nachteile der sogenannten Latifundien, deren übermäßige Ausdehnung ihre gründliche Ausnutzung unmöglich macht, fallen demnach für unsere engeren Heimat fort. Dazu kommt eine ungewöhnliche Mäßigkeit und Regelmäßigkeit der sächsischen Landwirte, die durch verständnisvolle Anwendung der modernen Hilfsmittel die Erträge des Bodens und die Ergebnisse der Viehzucht im wesentlichen auf ein solches Maß zu steigern verstanden haben, daß die sächsische Landwirtschaft trotz der durch die starke Industrialisierung bedingten Ungünstigkeit der Bevölkerungsverhältnisse alle Ansprüche, die berechtigt und billigerweise auf dem Gebiet der Ernährung des Landes an sie gestellt werden können, zu befriedigen vermag. Die hervorragende Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes unserer Heimat wurde auf der jüngst in Dresden abgehaltenen sächsischen landwirtschaftlichen Woche in umfassender Weise zum Ausdruck gebracht. Eine umfassende intensive Art der landwirtschaftlichen Erzeugung muß einen organisatorischen Mittelpunkt haben, eine Zentralfunktion, welche die einheitliche Leitung ausübt und den einzelnen Betriebsgliedern die ihr zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Vorteile und Hilfsmittel zuteil werden läßt. Schon im Frieden war das Hauptproblem, auf das die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft unermüdet hinwies, die Sicherung der Volksernährung. Die durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftsverhältnisse haben inzwischen die Bedeutung dieses Problems noch um ein beträchtliches gesteigert, so daß es als das aller wirtschaftspolitischen Weisheit bewertet werden muß. Vor dem Kriege standen wir auf der Höhe unserer Entwicklung und konnten doch nicht ohne erhebliche ausländische Lebensmittelaufschüsse auskommen. Damals aber hatten wir eine blühende Ausfuhr-Industrie, die durch die Abgabe des für den einheimischen Markt nicht erforderlichen Ueberflusses ihrer Erzeugnisse fortlaufend für die Versorgung der Lebensmittelaufschüsse Sorge trug. Gegenwärtig sind wir dagegen infolge unserer Verarmung gezwungen, einen erheblichen Teil unserer industriellen Produktion, den wir bei normaler wirtschaftlicher Gesundheit selbst verbrauchen müßten, an das Ausland abzugeben, um nur die allerdingendsten Einfuhrbedürfnisse auf dem Gebiete der Ernährung zu befriedigen. Dieser unannehme Prozess kann nicht endlos weitergehen, weil dabei schließlich einmal der Augenblick eintreten muß, wo wir überhaupt nicht mehr infand sind, die Lebensmittelaufschüsse zu bezahlen, da auch die Verarmung des inländischen Marktes ihre unüberschreibbare Grenze hat. Die Landwirtschaft muß daher als Helferin in die Bresche springen, und da erhebt sich die schicksalvolle Frage, ob sie ihre Leistungen so weit zu steigern vermag, daß wir die erforderliche Unabhängigkeit von der fremden Einfuhr erreichen können. Es ist gewiss eine große Verheißung, daß die Antwort auf diese Frage von einem so hervorragenden Fachmann wie dem früheren Vorsitzenden des Bundes der Landwirte und jetzigen Mitvorsitzenden des Reichslandbundes Reichherrn v. Wangenheim in bejahendem Sinne gegeben wird. Der genannte bedeutende Landwirt betont sich rückhaltlos zu der Auffassung, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland sei in solchem Umfang möglich, daß wir in der Ernährung völlig und in der Weltwirtschaft zu einem erheblichen Teile vom Auslande unabhängig werden könnten. Wird dieses Ziel erreicht, so fallen die unannehmen Tribute fort, die wir jetzt für unsere Ernährung an das Ausland entrichten müssen, und durch die Erhaltung und Erklarung der Landwirtschaft erhöht unserer Industrie wieder ein lauffähiger Inlandmarkt, der die industriellen Erzeugnisse in normaler Weise aufnehmen kann. Von welcher Bedeutung der Inlandmarkt ist, erhellt aus der Tatsache, daß selbst in der Zeit unseres größten wirtschaftlichen Glanzes die mächtigsten Ausfuhrindustrien nur ein Fünftel ihrer Erzeugung an das Ausland abgaben, während die übrigen vier Fünftel im Inlande konsumiert wurden. Das Rückgrat des Inlandmarktes aber bildet z. T. eine lauffähige Landwirtschaft und insofern gilt noch heute das alte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt.“ Zu erreichen ist freilich ein solcher Zustand nur, wenn ein sorgsam überlegtes Handeln mit einer zielbewußten Politik Hand in Hand geht. Dann muß noch ein hinzukommen: die Einigkeit zwischen Stadt und Land. Der Bauer muß Achtung haben vor dem Volke der Arbeit in den Städten, und die städtische Bevölkerung muß erkennen, daß der Bauer, der jahraus, jahrein dem Boden mit seinem Schweiß seine Erträge abringt, kein Ausbeuter ist. Volle Verständigung zwischen dem Volke der Arbeit in Stadt und Land muß herrschen.

Brüggelzonen im Reichstag.

Die Freitag-Sitzung des Reichstages brachte tiefer gehend bald nimmer — eine Keilerei in „hohen“ Haus, und zwar gelegentlich der Interpellation der Unabhängigen wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis. Abg. Unterleitner (Unabh.) begründet die Interpellation. Es handelt sich nicht um die Tat eines Einzelnen, sondern um die Bekämpfung eines politischen Systems. Gareis wußte zu viel. Er führte den Kampf gegen die bayerische Justiz und Polizei. Er hat die Mordzentrale geschaffen, das Funktionieren des Geheimdienstes aufgedeckt, hat das Spionwesen und alle Mächenschaften aufgedeckt, die mit der bayerischen Königsparthei zusammenhängen. Die Presse hat ihn zum Landesverräter gekennzeichnet, denn Gareis bestand auf Einhaltung und Durchführung des Ultimatums, war gegen die Droh- und Einwohnervorhaben. Er kämpfte gegen die Absplitterungsabsichten Bayerns, aber er trieb auch keine sogenannte nationale Politik. Er war ein Gegner des Abg. Heim und vor allem der Verständigungswünsche, welche der Abg. Heim gegenüber Frankreich hegte. Dasselbe Bayern, das jeden Deutschen als Ausländer behandelt, ist ein Hort für die Juden- und Ehrhardt geworden, die Feinde der Republik! Die Arbeiterbewegung wird niedergedrückt, Uebergriffe und Mordanschläge sind an der Tagesordnung. Ein Täter wird nie gefunden. Auch den Mörder von Gareis wird man nicht finden. Redner greift die Reaktion v. Rabst und den Münchener Polizeipräsidenten aufs schärfste an und nennt die Kulturzustände in München eine Kulturhaude. Der „Miesbacher Anzeiger“ fordert direkt zum Mord auf. Ihm geschieht nichts. Dieses Blatt hat dazu aufgefordert, den Hund Gareis totzuschlagen. Dem Entwaffnungsamt hat er geraten, sich für die Rückkehr gleich ein Zinnschloß mitzubringen. Aber die Einwohnerwehr besteht weiter und hält Revolverschießen ab. Der Redner verliest die Aeußerung eines bayerischen Studenten:

Kommunisten sind keine Deutschen; sie erledigen wir kalt! Abg. Mittelmann (Dsch. Wp.): Da hat er recht! Großer Applaus bei den Kommunisten. Abg. Kemmle (Rom.) führt auf den Abg. Mittelmann zu und schlägt auf ihn ein. Andere Abgeordnete der Rechten kommen dem Anzweifeln zu Hilfe. Zahlreiche Abgeordnete drängen zu der kämpfenden Gruppe hin. Abg. Dr. Heim (Bayer. Wp.) und andere versuchen die Kämpfenden auseinanderzubringen, namentlich die Frauen Zieh, Anfora, Böhm und Bekin suchen vergeblich zu wirken. Der Herr dauert aber minutenlang an. Präsident Löbe schließt deshalb um 2.55 Uhr die Sitzung.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung gegen 5 1/2 Uhr füllen noch immer erraute Gruppen den Saal.

Präsident Löbe: Der Atestenausschuss hat verurteilt, den hiesigen Zwischenfall aufzuklären. Redner verliest den stenographischen Bericht und konstatiert, daß, wenn der Vorname „Schubert“ so zugetragen hätte, er den Abg. Mittelmann zweifellos eine Klage erteilt hätte. Aber der Abg. Mittelmann habe festgestellt, daß seine Bemerkung nur den Worten „Die Kommunisten sind keine Deutschen“ gedeutet habe, und daß er (Löbe) die Worte vom Kaltmachen gar nicht gehört habe. Nichtsdestoweniger müsse er auch die Worte des Abg. Mittelmann als durchaus unannehmlich bezeichnen und ihm eine Klage erteilen, noch schärfer aber dem Abg. Kemmle, der sich zu einem tätlichen Antritt habe hinreißen lassen. Er appelliert an das Haus, da

für zu sorgen, daß die Verhandlungen sich in anständiger Form vollziehen.

Abg. Unterleitner (Unabh.) fährt nunmehr in seiner Rede fort. Er schildert die allgemeine Empörung, welche die „Schandtat“ der bayerischen Regierung überall im Reich, speziell in Baden, hervorgerufen hätten. Der Bayerischen Volkspartei rufe er zu, es sei die höchste Zeit, daß sie mit Rabr Schluss mache.

Reichskanzler Dr. Wirth: Ich verstehe manches aus der Erregung des Vorredners. Kein Wort ist scharf genug, die hinterlistige Ermordung des Abgeordneten Gareis zu kennzeichnen. Der Täter muß gefunden und zur Strafe gezogen werden. Die Frage nach den Motiven darf aber nicht zu voreiligen Schlüssen führen. Wir müssen das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Geführt wird sie mit dem größten Eifer, ersichert wird sie, weil der einzige Zeuge, der Abg. Serain, keinerlei Angaben über die Persönlichkeit des Täters zu machen weiß, als daß er Gamalachen getragen hat. Staatsregierung, Polizei und politische Parteien Bayerns haben das gleiche Interesse an der Auffindung des Mörders. Das Mitleid mit dem Opfer und den Hinterbliebenen bringe ich hier zum Ausdruck. Damit allein ist Ihnen aber nicht gedient. Das Verbrechen muß geahndet werden. Aber die weitgehenden Angriffe des Vorredners auf die bayerische Regierung schießen über das Ziel hinaus, wenn auch seine Erregung begreiflich ist. So wenig Bayern an der Weimarer Verfassung sich vergangen hat, so wenig werden wir uns erlauben, an der bayerischen Regierung zu rütteln. Es muß aber zugegeben werden, daß sich in der letzten Zeit in Süddeutschland, nicht bloß in Bayern, von der Rechten gebildete Presseorgane gebildet haben, welche die Trennung des Südens vom Norden zum Ziele haben und von Süden her die Reaktion wieder einführen wollen. Uns ist vieles vorgeworfen worden. Wir hätten, um sette Prinzipien zu erläutern, unsere Posten errichtet. Gegen diesen Kampf des Hasses, gegen dieses politische Treiben gegen einzelne Personen muß eingeschritten werden. Der Reichspräsident muß wenigstens außerhalb des politischen Kampfes stehen. Man muß ihm doch nachsagen, daß er vom ersten Tage seiner Tätigkeit an seine Pflicht als deutscher Mann getan hat. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Verwilderung der Sitten, die seit zwei Jahren fortgeschritten, mußte sich zu solchen Taten entladen, wie wir sie alle erlebt haben. (Stürmischer Protest rechts. Pfuirufe, Rufe: Demagogie!) Diese Atmosphäre bildet eine Gefahr für die Einheit des Reiches. Wollen wir diese Atmosphäre klären, so müssen wir die Fragen des Landes im ganzen Rahmen der süddeutschen Verhältnisse zu klären suchen. Die

Entwaffnungsaktion in Bayern schreitet zünftig fort, wie es das Ultimatum bedingt. In der Provinz Sachsen wird der Polizeiarbeitszustand aufgehoben, in Ostpreußen demnächst desgleichen. Erforderlich dazu ist aber, daß alle Provokationen, auch solche von links, unterbleiben. Jedemfalls bitte er alle, die guten Willens sind, die Regierung zu unterstützen, um aus inneren Kräften zu gewinnen. Die ideale Entwicklung des Staatsgedankens ist das einzige, die den endgültigen Erfolg verspricht. Nur so können wir den wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden. Redner konstatiert zum Schluß, daß er wochenlang mit Briefen voll Schmutzes bombardiert worden sei und appelliert an das Haus, daß es höchste Zeit sei, aus dem Sumpfe herauszukommen. (Beifall links und in der Mitte, Zischen rechts.) Nächste Sitzung: Sonnabend.

Im Hölz-Prozess

stellte gestern (Freitag) der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Froh, den Antrag, dem Angeklagten zu gestatten, Zivilklage anzulegen und ihn nicht zu zwingen, in der Anwaltskleidung gewissermaßen als ein verurteilter Verbrecher hier zu erscheinen. Staatsanwalt Jäger: Ich bitte, diesem Antrag nicht stattzugeben, denn wir haben Nachricht erhalten, daß von kommunistischer Seite große Vorlesungen getroffen werden.

Hölz im Gericht zu befreien. Ich selbst begleite den Angeklagten auf seinem Hin- und Herwege vom Gefängnis, und zwar auf seine eigene Bitte, da er den Verdacht hegt, er solle von Polizeibeamten ermordet

werden. Ich habe ihm diese Bitte erfüllt, nicht weil sie Berechtigung hat, sondern um allem die Spitze abzubrechen. Wir haben erfahren, daß geplant ist, Hölz von Kommunisten in Schupouniform zu befreien, deshalb sind wir zur schärfsten Überwachung gezwungen.

Bei der Vernehmung des Angeklagten über die Ermordung des Gutsbesizers Hefz in Reichshagen kam es wiederum zu erregten Szenen. Hölz erklärte, wenn es dem Gericht nicht gelingen sollte, ihm einen Mord nachzuweisen, so wisse er ganz genau, daß die bürgerliche Gesellschaft, dies Pack von Ausbeutern und Mordeländern, ihn durch Mordeländern befehligen werde. Auf die Entgegnung des Vorsitzenden, Hölz möge seinen solchen Unsinns reden, schrie der Verteidiger Justizrat Froh dazwischen, das sei kein Unsinns; man möge an Gareis, Solt, Liebnecht usw. denken. Hölz brüllte nunmehr den Vorsitzenden an, er möge nur zugeben, daß es ihm als Mitglied der bürgerlichen Parassitengesellschaft höchst genehm wäre, wenn er, Hölz, ermordet würde. Als der Vorsitzende dies als dummes Zeug bezeichnete, schrie ihn Hölz mit den Worten an: Sie haben doch den Auftrag, mich wegen Mordes zu verurteilen, leugnen Sie nicht! Warum lassen Sie denn nur Ihre bürgerliche Parassitenbande, die Ausbeuter und Ausfänger, in den Saal hinein? Weil Sie Angst vor dem revolutionären Proletariat haben! Deshalb umgeben Sie sich mit der bewaffneten Macht?

Weil Sie einen Mord konstruieren und mich erledigen wollen! Nachdem der Vorsitzende ihn zur Ruhe ermahnt und erklärt hat, daß nur die Zeugen für das Gericht maßgebend seien, äußert sich Hölz zu der Erschießung des Gutsbesizers Hefz; er behauptet, an jenem Tage überhaupt ohne Waffe gewesen zu sein. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß Hefz vor seinem Hause von 11 Märdern getroffen worden sei. Zeugen hätten befundet, daß Hölz selbst den ersten Schuß abgegeben, dann den Hund des Hefz erschossen, noch einmal auf Hefz geschossen und schließlich eine Salve habe abgeben lassen.

Zunächst wurde die Gattin des Ermordeten, Frau Alice Hefz, gehört. Sie schildert, wie die Hölz'sche Bande in das Gehöft eindrang und Kleidungsstücke, namentlich Mäntel, verlangte. Sie selbst wurde von einem Mann mit vorgehaltenem Gewehr gezwungen, ihre Kleiderschranke zu öffnen. Als Frau Hefz in das zur Erde gelegene Wohnzimmer kam, stand Hölz vor ihrem Mann und verlangte von dem Gutsbesitzer Wintermäntel. Hölz überfiel den Wehrlosen und trat ihn mit Füßen. Obwohl die Hölz'schen bereits bekommen hatten, was sie wünschten, erklärte Hölz plötzlich: Schließe deinen Gehlschrank auf. Dabei überfiel der Angeklagte den Gutsbesitzer wieder und trat ihn in den Leib. Vorl.: Hatte Hölz eine Waffe bei sich? Frau Hefz: Er trug beständig einen Revolver in der Hand. Während mein Mann mit Hölz zum Gehlschrank ging, mußte ich für einen anderen der Eindringlinge Geld aus meinem Zimmer holen. Als ich meinen Schreibtisch öffnete, frachte plötzlich ein Schuß. Nichts Gutes ahnend, eilte ich an das Fenster und sah mit Entsetzen meinen Mann auf dem Hofe zusammenbrechen. Ich stürzte die Treppe hinunter und hörte weitere Schüsse. Unten fiel ich auf Hölz, der, als er mich sah, etwas in die Tasche steckte; offenbar den Revolver. Ich flehte Hölz an, nicht weiter zu schießen. Trotzdem gab er keinen Lauten.

den Befehl zu einer Salve.

Ich sah nur noch, wie ein Mensch, dessen Gesicht ich nicht erkennen konnte, das Gewehr auf meinen Mann anlegte. Vorl.: Können Sie genau ausagen, daß Hölz das Kommando gegeben hat, auf Ihren Gatten zu schießen. Frau Hefz: Ohne jeden Zweifel. Ich stand unmittelbar hinter ihm. Fräul. Weber, die Witwenschafterin auf einem Gute des Ermordeten, bekennt ebenfalls, daß Hölz vom ersten Augenblicke an den Gutsbesitzer mit dem Revolver bedroht habe. Staatsanwalt Jäger: Ist dieser Mann der Angeklagte gewesen? Zeugin: Ich erkenne ihn mit voller Bestimmtheit wieder. Justizrat Fränkel: In der Voruntersuchung sahen Sie Zeugnis, daß der Täter ein kleiner, anscheinend verwahrloster Mann gewesen sei. So sieht doch Hölz nicht aus. — Stimme aus dem Publikerraum: Doch sieht er so aus! Vorl.: Ich verbitte mir jede Aeußerung.

Außerordentlich spannend gestaltet sich die